
I N L A N D

Schönborn präzisiert nach Kritik Haltung zur Sparpolitik	2
Kardinal in Stellungnahme auf Website der Erzdiözese: Schuldenmachen und Sparen auf dem Rücken der Ärmsten ist unsozial - Landau sieht "Rückenstärkung" durch Kardinal	
"Ehe für alle": Experten fordern gesetzliche Lösung	3
Kirchenvertreter, Politiker und Befürworter der Ehe-Öffnung sehen in Debatte zu VfGH-Erkenntnis viele Fragen weiterhin unbeantwortet	
Militärbischof Freistetter besucht österreichische EUFOR-Truppen	4
Kirchensportler: Paralympics-Athleten "Vorbilder an Lebensfreude"	5
VolXtheologie: Tiroler Dialogreihe will Lust auf Theologie mache	6
Junge Österreicher und Syrer starten Initiative für den Frieden	6
Armutskonferenz: Kluft zwischen Arm und Reich schadet dem Land	7
Orden trauern um Sr. Theresia Sessing	7
Altkatholiken zum "Anschluss": Haben uns Vorteile erhofft	8

V A T I K A N & R O M

Papst pilgert zum Wunderheiligen Pater Pio	9
Papst reist im September ins Baltikum	9
Arabische Bischöfe zu Beratungen mit Papst in Rom	10
Papst mahnt Beichtväter zu Respekt vor Gewissen der Gläubigen	10
"Voices of Faith": Aufstand der frommen Frauen	10

A U S L A N D

EU-Bischöfe wollen katholisches Austauschprogramm schaffen	11
Luxemburger Erzbischof Hollerich neuer ComECE-Vorsitzender	12
Neues Präsidium der EU-Bischöfe soll "Gräben überbrücken"	13
Australische Bundesstaaten wollen Missbrauchsoffer entschädigen	13
Schweiz: Weihbischof Eleganti als Jugendbischof zurückgetreten	14
Grazer Hochschulabsolvent wird Bischof in Kroatien	14
Tschechien kauft Teil von restituiertem Benediktinerkloster	14
Kardinal: "Mormonisierung" Tongas ist Weckruf für Kirche	15

K U L T U R & M E D I E N

Bibel jetzt in weltweit 674 Sprachen vollständig übersetzt	15
OÖ. Stiftskonzerte mit Klassik, A Cappella und Klezmer	16

I N L A N D

Schönborn präzisiert nach Kritik Haltung zur Sparpolitik

Kardinal in Stellungnahme auf Website der Erzdiözese: Schuldenmachen und Sparen auf dem Rücken der Ärmsten ist unsozial - Landau sieht "Rückenstärkung" durch Kardinal

Wien, 09.03.2018 (KAP) Auf die "große Aufregung", die seine Äußerungen zur Sparpolitik der Regierung ausgelöst haben, hat jetzt Kardinal Christoph Schönborn reagiert. In einer Stellungnahme "habe ich das Ganze etwas ausführlicher dargestellt - auch, warum Staatsschulden unsozial sind", schrieb er am Freitag auf der Website der Erzdiözese Wien. Er habe von Opfern gesprochen, zu denen "die Gesellschaft (nicht die Armen!)" aufgerufen sei. Aus seiner Sicht sei auch das Schuldenmachen "unsozial und ungerecht" und werde "auf dem Rücken der Armen ausgetragen", erklärte Schönborn. Zugleich gelte ebenso: "Auf dem Rücken der Ärmsten zu sparen, ist unsozial und ungerecht."

Er sei der Caritas dankbar und unterstütze sie voll und ganz, wenn sie sich "dafür einsetzt, dass nicht bei den Ärmsten als erste gespart wird", stellte der Kardinal einen Konflikt mit der katholischen Hilfsorganisation in Abrede. Es sei aber klar, dass gespart werden muss - "und dass Sparen nicht ohne Opfer geht". Dafür brauche es seiner Ansicht nach zweierlei, so Schönborn: "Erstens die Solidarität der Reichen mit den Armen, der Starken mit den Schwachen." Wer mehr als genug zum Leben hat, habe auch eine größere Verantwortung und müsse bereit sein, "etwas an die abzugeben, denen es am Nötigsten fehlt".

Und zweitens braucht es - so der Wiener Erzbischof weiter - einen breiten öffentlichen Diskurs über die Frage, wie die Lasten fair verteilt werden können. Ein solcher Diskurs brauche konstruktive Kritik, gute Vorschläge und ein Gesprächsklima, in dem ein Dialog möglich ist. "Ein Eingraben in Fundamentalopposition würde der Sache nicht dienen", warnte Schönborn vor Polarisierungen. Er plädierte für eine Abrüstung der Worte, um einen guten Dialog führen zu können, an dessen Ende ein sozialer und gleichzeitig sparsamer Staat steht.

"Aber warum soll überhaupt gespart werden?", fragte der Kardinal. Schulden würden die soziale Leistungsfähigkeit des Staates für lange Zeit einschränken, und sie seien auch eine

"unsoziale Umverteilung von unten nach oben": Denn von den Staatsschulden profitierten "jene, die reich genug sind, dem Staat Geld borgen zu können und die dafür dann die Zinsen bekommen". Zurückzahlen müssten die Schulden letztlich "unsere Kinder". Es gelte somit die Frage zu stellen: "Wollen wir wirklich immer weiter auf Kosten der nächsten Generation leben?"

Schuldenlast schwächt Sozialsystem

Kardinal Schönborn erinnerte an das Jahr 1970, in dem die ÖVP-Alleinregierung Klaus der nachfolgenden SPÖ-geführten Regierung Kreisky ein schuldenloses Österreich übergeben habe. Heute dagegen sei der Schuldenstand so hoch, dass der Staat jährlich 6,5 Milliarden Euro allein an Zinsen bezahlen müsse: "6,5 Milliarden Euro, die unserem Sozialsystem schmerzlich fehlen."

Er begrüße daher den Mut der Bundesregierung, keine neuen Schulden mehr machen zu wollen, erklärte Schönborn. "Genauso wie ich mich über alle freue, die sich in der Spardiskussion als konstruktiver Anwalt der Solidarität und der Gerechtigkeit engagieren und die besonders darauf achten, dass die schwächsten Glieder der Gesellschaft auch mehr Schutz bedürfen." Der Kardinal äußerte sich zuversichtlich: "Wenn wir zusammenstehen, wird am Ende ein sozial verträgliches und gerechtes Sparen möglich sein."

Landau: "Rückenstärkung" durch Kardinal

Auf der Website der Erzdiözese ist in die Stellungnahme Schönborns auch ein Tweet eingefügt, in dem Caritas-Präsident Michael Landau auf die in der Folge kritisierte OTS-Aussendung über eine Pressekonferenz in Sarajewo reagierte, wo die Österreichische Bischofskonferenz ihre Frühjahrsvollversammlung abhielt. Landau sah in der Aussendung mit dem Titel "Schönborn begrüßt Regierungsbemühungen um Nulldefizit" keinen Anlass für Kritik, sondern vielmehr eine "Rückenstärkung" durch den Kardinal für die vorangegangene gemeinsame Erklärung ("Regierung demontiert schrittweise Sozialstaat") der

neun diözesanen Caritasdirektoren. Landau zitierte via Twitter aus Schönborns Ausführungen in Sarajewo den Satz, es sei "richtig, dass die Caritas... auf d. Situation der Ärmsten im Land hinweist" und fügte hinzu: "Das müssen wir im Sinn des Evangeliums und der täglichen Arbeit #wirtun Danke!"

Nußbaumer: Bekanntes wurde wiederholt

"Im Grunde genommen sagt er das, was er schon seit vielen Jahren sagt", kommentierte der katholische Publizist und Herausgeber der Wochenzeitung "Die Furche", die Äußerungen von Kardinal Schönborn zur Sparpolitik der Regierung. Nämlich dass es auf Dauer nicht angehe, auf Kosten der kommenden Generationen Geld auszugeben. Die Zinsenlast für die Bevölkerung werde immer größer, dass Schönborn nunmehr das Null-Defizit-Ziel unterstütze, sei letztlich eine "Uraltesgeschichte". Ein "Zurückpfeifen" der Caritas durch den Kardinal könne er nicht erkennen, meinte Nußbaumer, Schönborn und Landau verstanden sich gut.

Küberl für neuen Sozialhirtenbrief

Der ehemalige Präsident der Caritas, Franz Küberl, sprach sich am Freitag für ein vertieftes Gespräch zwischen Kirchenleitung und Caritas aus und plädierte dafür, auch einen neuen Sozialhirtenbrief der katholischen Kirche ins Auge

zu fassen. Zu möglichen unterschiedlichen Sichtweisen von Kardinal und Caritas meinte Küberl, das "könnte auch damit zu tun haben, dass die Kirche mit ihrer Caritas zu wenig über das im Gespräch ist, was der Caritas und den Armen unter den Nägeln brennt".

Laut Küberl sei es an der Zeit, grundlegende Fragen der Sozialpolitik neu zu diskutieren: "Was sind die großen Aufgaben der sozialen Nachhaltigkeit? Wie stellt man sich den Verteilungsfragen? Was kann die Kirche nicht der endgültigen Gerechtigkeit überlassen, was muss schon in der irdischen Gerechtigkeit geklärt werden?" Darüber müsse geredet werden, und hier sei Schönborn in seiner Funktion als Vorsitzender der Bischofskonferenz gefordert, meinte der seit Mitte 2016 pensionierte Caritas-Chef der Diözese Graz-Seckau.

Ein Sozialhirtenbrief könne dazu beitragen, "dass man im Gesamt der Kirche, die immer mehrstimmig sein wird, eine gemeinsame soziale Grundmelodie erkennt". Die Caritas habe ein empfindliches Sensorium für soziale Brennpunkte, wies Küberl hin: "Wenn die auf etwas aufmerksam machen, würde ich der Gesellschaft schon empfehlen, hellhörig zu werden." Auch Papst Franziskus habe in den letzten Jahren vieles zu sozialen Fragen gesagt: "Das wird man in Österreich auch ein wenig verarbeiten, auf österreichische Verhältnisse umlegen müssen."

"Ehe für alle": Experten fordern gesetzliche Lösung

Kirchenvertreter, Politiker und Befürworter der Ehe-Öffnung sehen in Debatte zu VfGH-Erkenntnis viele Fragen weiterhin unbeantwortet - Auch alleinige Öffnung der Eingetragenen Partnerschaft denkbar

Wien, 09.03.2018 (KAP) Es braucht eine rasche gesetzliche Lösung, um Unsicherheiten beim Thema "Ehe für alle" zu beseitigen: Darauf haben sich Experten aus Politik und Kirche bei der Podiumsdiskussion "Ehe für alle – Rechtspolitische Konsequenzen aus dem Erkenntnis des VfGH" am Donnerstag in Wien geeinigt. Keinen gemeinsamen Nenner gab es bei der Frage, wie die Rechtsgebung reagieren sollte: Stephanie Merckens vom kirchlichen "Institut für Ehe und Familie" und FP-Nationalrätin Susanne Fürst setzten sich für ein Festhalten am Rechtsinstitut der Ehe für Mann und Frau - bei gleichzeitiger Öffnung der Eingetragenen Partnerschaft für heterosexuelle Paare - ein. SP-Nationalrat Harald

Troch und der Jurist Helmut Graupner forderten die Öffnung der Ehe für alle Paare sowie eine Debatte über ein neues Ehegesetz. Im Dezember 2017 hatte der Verfassungsgerichtshof (VfGH) die unterschiedlichen Regelungen für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare mit Ende 2018 aufgehoben. Um dem Erkenntnis des Höchstgerichtes zu entsprechen, reiche die Öffnung der (bislang Homosexuellen vorbehaltenen) Eingetragenen Partnerschaft für alle Paare, während die Öffnung der "Ehe für alle" davon nicht unbedingt abzuleiten sei, so die Juristin Merckens. Auch auf diese Weise könne das vom VfGH beanstandete "automatische Outing" auf Urkunden durch die Angabe einer der noch

bestehenden beiden Rechtsinstitute ausgeschlossen werden. Denn, so Merckens, nicht die Ehe für Mann und Frau diskriminiere, sondern die "Ausschließlichkeit der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Paare".

Als Hauptargument für die Beibehaltung der Ehe in ihrer bisherigen Form bezeichnete Merckens die im Ehevertrag festgelegte Absicht, Nachkommen zu zeugen. Eine gleichgeschlechtliche Eingetragene Partnerschaft habe "ähnliche Intentionen" wie etwa gegenseitige Unterstützung oder rechtliche Absicherung, "aber nicht die gleichen Konsequenzen", spielte die Juristin auf die Frage der Kinder an.

Erfreut über "mehr Wahlfreiheit für verschieden geschlechtliche Paare" durch die Möglichkeit einer Eingetragenen Partnerschaft zeigte sich auch der Jurist Graupner, der allerdings auf die "Ehe für alle" bestand: Kinder homosexueller Paare, adoptiert oder durch Formen medizinisch unterstützter Fortpflanzung gezeugt, würden ohne völliger Öffnung weiterhin "unehelich" und somit diskriminiert bleiben, so der Präsident des Homosexuellen-Rechtskomitees "Lambda".

Kritik am Verfassungsgerichtshof, der mit seinem Urteil einer Politdebatte "vorgegrif-

fen" und sich gesellschaftlich betätigt habe, äußerte FPÖ-Parlamentarierin Fürst. Die Ehe sei ein naturrechtlicher Begriff, ein gesellschaftlicher Grundpfeiler und eine christlich-abendländische Tradition, die aus ihr entstammenden leiblichen Kinder seien "im Interesse des Staates". Darin unterscheide sich die Ehe von der Eingetragenen Partnerschaft, der laut Fürst der "Familiengedanke" und das "Element der gemeinsamen Kinder" fehle.

SP-Vertreter Troch plädierte erwartungsgemäß für die Ehe-Öffnung: Der Staat solle "menschliche Bindungen stärken" und allen Paaren "gesellschaftliche Absicherung und gesetzlich geregelten Beistand" bieten. Das Argument der "gemeinsamen Kinderzeugung" sei überholt, das Verständnis von "Kindern als Interesse des Staates" ein unnötiges Relikt aus Zeiten, als junge Menschen zur "Erhaltung des Lebensraums" gebraucht worden seien. Ein "modernes Eherecht" habe auch Fragen wie das Mindestalter für Ehen, Verlöbnis, Scheidung, Unterhalt und die Verpflichtung zur Treue an gesellschaftliche Veränderungen anzupassen. Mit der Forderung, die Öffentlichkeit müsse bei einer Lösungsfindung mitreden, stieß Troch auf Zustimmung der Mitdiskutanten.

Militärbischof Freistetter besucht österreichische EUFOR-Truppen

Begegnung mit Soldaten im Camp Butmir in Sarajewo - Auch mehr als 20 Jahre nach Ende des Bosnien-Krieges Einsatz noch wichtig

Sarajewo, 09.03.2018 (KAP) Militärbischof Werner Freistetter hat dieser Tage die gut 200 österreichischen Soldatinnen und Soldaten besucht, die derzeit im Auslandseinsatz im EUFOR-Hauptquartier Camp Butmir in Sarajewo stationiert sind. Auch wenn das militärische Konfliktpotenzial in Bosnien-Herzegowina nicht mehr mit der Zeit nach dem Krieg (1992-95) zu vergleichen sei, mache der Einsatz der EUFOR-Truppen weiterhin Sinn, zeigte sich Freistetter im "Kathpress"-Interview überzeugt. Die österreichischen Soldaten, die hier gemeinsam mit vielen weiteren aus anderen Ländern stationiert sind, würden eine sehr wichtigen Dienst leisten.

Freistetter wies u.a. auf die Bedeutung der EUFOR für die Ausbildung der Armee von Bosnien-Herzegowina hin. Ein nach wie vor großes Problem seien zudem die unzähligen Minen, die es immer noch gibt und von denen man zum Teil gar nicht genau weiß, wo sie sich

befinden. Die EUFOR-Truppe würde hier einen wichtigen Dienst in der Aufklärung der Bevölkerung und vor allem auch der Kinder leisten.

Der Bischof war erstmals 1999 als Militärselbsterger vor Ort im Einsatz, ist mit Bosnien-Herzegowina bestens vertraut. Umso bedrückender sei es daher aber auch, immer wieder zu erleben, dass sich die wirtschaftliche und soziale Situation nicht verbessert. So sei es nur allzu verständlich, dass viele Bewohner in einem EU-Beitritt die einzige Hoffnung sehen. Bosnien-Herzegowina könnte zudem ein Modell des Zusammenlebens verschiedener Ethnien und Religionen sein. Dafür bräuchte es aber auch mehr Hilfe von Seiten der EU, um die ökonomische und soziale Situation zu verbessern. Begleitet wurde Freistetter u.a. vom Militärbischof von Bosnien-Herzegowina, Tomo Vukic, sowie dem steirischen Bischof Wilhelm Krautwaschl und dem Abt von Wettingen-Mehrerau, Anselm van

der Linde. Der Besuch fand im Rahmen der Frühjahrstagung der österreichischen Bischofskonferenz in Sarajewo statt (alle Meldungen im Themenpaket unter www.kathpress.at/bischofskonferenz).

Neben einer Einweisung durch den Kommandanten des multinationalen Bataillons, Oberstleutnant Reinhard Bacher und der Besichtigung des EUFOR-Hauptquartiers kamen die Bischöfe auch mit den Soldatinnen und Soldaten ins Gespräch. "Ich selbst weiß, dass so ein Auslandseinsatz nicht immer leicht ist und Höhen und Tiefen kennt", so Militärbischof Freistetter. Auslandseinsätze seien aber sehr wichtig, zeigte sich Freistetter überzeugt, "deswegen sind wir dankbar für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten".

Nach einem gemeinsamen Gebet in der Kapelle von Camp Butmir überreichten die österreichischen Bischöfe dem österreichischen Militärpfarrer in Bosnien, Militärdekan Martin Steiner, eine Mariazeller Madonna für die Kapelle. "Diese soll allen österreichischen Soldatinnen und Soldaten Ansprache bieten, aber auch ein kleines Andenken an die Heimat sein", so

Freistetter. Nachsatz: "Die Militärseelsorge hier funktioniert bestens."

Mission EUFOR/Althea

Österreich stellt mit 343 Soldatinnen und Soldaten (bei Vollbesetzung) das größte Kontingent innerhalb der EUFOR/Althea-Mission. Die Türkei bildet das zweitgrößte Kontingent, Ungarn ist drittstärkster Truppensteller. Zurzeit beteiligen sich 14 EU-Länder und fünf außereuropäische Staaten an der Friedensmission. Die Soldatinnen und Soldaten helfen der Bevölkerung beim Wiederaufbau ihres Landes und gewährleisten ein sicheres Umfeld. Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich seit 1996 an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien und Herzegowina. Seit Dezember 2004 stehen die österreichischen Soldaten unter dem Kommando der EU, das Hauptquartier befindet sich in Sarajevo.

Derzeit gibt es zwei österreichische katholische Militärpfarren im Ausland, in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Zudem werden die österreichischen Kontingente im Libanon regelmäßig von einem Militärpfarrer besucht.

Kirchensportler: Paralympics-Athleten "Vorbilder an Lebensfreude"

Diözesansportgemeinschaft Österreichs hofft auf große Breitenwirkung der Paralympischen Winterspiele in Pyeongchang

St. Pölten, 09.03.2018 (KAP) Auf eine große Breitenwirkung der nun beginnenden Paralympischen Winterspiele in Pyeongchang (Südkorea) hofft die Diözesansportgemeinschaft Österreichs (DSGÖ). "Viele Sportlerinnen und Sportler der Paralympics sind Vorbilder an Lebensfreude, ihre Leistungen sind beachtlich", betonten Peppi Frank und Josef Eppensteiner vom Vorsitzteam in einer Aussendung am Freitag. Die Ermöglichung von Sport für Menschen mit Beeinträchtigung sei den österreichischen Kirchensportlern seit Jahren ein "Herzansliegen". Natürlich hoffe man auch auf viele Medaillen der österreichischen Teilnehmenden.

"Die Diözesansportgemeinschaft ist eine Gemeinschaft, die offen ist für alle", zitieren Frank und Eppensteiner aus dem DSG-Leitbild. Gemeinsame sportliche Erlebnisse mit Men-

schen mit Behinderung und Ausgegrenzten würden darin ausdrücklich begrüßt. "Der Einklang von Körper und Seele steht dabei im Vordergrund." Ein Ziel des Behindertensports sei die Erhöhung der Akzeptanz und des Glaubens an die Vielfalt des Lebens. Die DSGÖ hoffe, dass sich mit den Paralympics die "Ethik der Antidiskriminierung von Menschen mit Behinderung" endlich überall durchsetzen möge.

Olympische Spiele - ob für Menschen mit oder ohne Behinderung - seien wichtig für die Völkerverständigung und Grundwerte wie Gerechtigkeit, Fairness und Respekt vor den Leistungen des anderen, heißt es weiter. Man begrüße weiters den "fröhlichen und freundlichen Patriotismus", der sich nicht gegen andere richtet, sondern die Buntheit der Nationen widerspiegeln.

VolXtheologie: Tiroler Dialogreihe will Lust auf Theologie mache

Diözese Innsbruck und Bischof Glettler laden künftig zwei Mal im Jahr Vertreter aus Kirche, Politik, Medien, Sport Wirtschaft und Wissenschaft ins "Studio 3" ein, um über aktuelle Fragen zu diskutieren - Auftakt am 16. März u.a. mit Bischof Glettler und dem Schauspieler Tobias Moretti

Innsbruck, 09.03.2018 (KAP) Die Diözese Innsbruck und Bischof Hermann Glettler wollen mit dem neuen Format "VolXtheologie" Lust auf theologische Fragen machen. Zwei Mal im Jahr treffen sich künftig im Rahmen des Formats Vertreter von Kirche, Theologie, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Sport und Medien, um miteinander zu aktuellen Fragen ins Gespräch zu kommen, kündigte die Diözese am Donnerstag in einer Aussendung an. Austragungsort ist das "Studio 3" des ORF-Landesstudios Tirol.

Den Auftakt machen am 16. März um 19:30 Bischof Hermann Glettler, der Schauspieler Tobias Moretti, die Hospizärztin Elisabeth Medicus, die Biologieprofessorin Ulrike Tappeiner und als Moderator der Innsbrucker Dogmatik-Professor Jozef Niewiadomski. Motto der Auftakt-Veranstaltung ist das Thema "kreuz_weg?".

Die Diskussion geht der Frage nach einer möglichen Verbannung des Kreuz-Symbols aus dem öffentlichen Raum und den damit verbundenen Folgen für die mit dem Kreuz verbundenen Werte wie Leid, Endlichkeit des Lebens oder die Frage nach Erlösung, nach. Die zweite Ausgabe von "VolXtheologie im Studio 3" findet am 16. November 2018 statt.

Ziel der Reihe ist es, die theologische Diskussion in den Alltag der Menschen hineinzuholen und Lust zu machen, sich mit theologischen und religiösen Fragen zu beschäftigen. Denn theologische Fragestellungen und die Antworten darauf hätten nicht unbedingt den Ruf, leicht verständlich zu sein. "VolXtheologie" wolle insofern Lust auf die Beschäftigung mit religiösen und theologischen Fragen machen, so Bischof Hermann Glettler in der Aussendung.

Junge Österreicher und Syrer starten Initiative für den Frieden

Über die interreligiöse Internet-Plattform "Ambassadors for Peace in Syria" soll ein großes Friedensnetzwerk entstehen

Wien, 09.03.2018 (KAP) Angesichts des nicht enden wollenden Syrienkrieges haben junge Syrer und Österreicher die interreligiöse Plattform "Ambassadors for Peace in Syria" gestartet. Über das Internet (www.syria-peaceambassadors.org) soll ein großes Netzwerk des Friedens entstehen. Konkret fordern die Initiatoren von "Ambassadors for Peace in Syria", dass alle Mitunterzeichner das ihnen Mögliche tun, "damit keine Waffen geliefert und die Kämpfe sofort beendet werden." Alle Inhalte der Website sind auf Englisch, Arabisch und Deutsch verfügbar. Die Initiatoren gehören dem Freiwilligenprojekt "Don Bosco für Flüchtlinge" der Salesianer Don Boscos in Österreich an. Vision von "Ambassadors for Peace in Syria" ist, dass sich Menschen trotz unterschiedlichen politischen Standpunkten oder Religionen gemeinsam für den Frieden einsetzen. In der Selbstbeschreibung heißt es: "Unsere Botschaft ist Frieden und Versöhnung. Handeln wir gemeinsam und stop-

pen wir den Krieg in Syrien: Setzen wir Taten des Friedens. Teilen wir diese Botschaft mit Freunden und beten wir!" Der Salesianerorden unterstützt die Plattform, wie P. Petrus Obermüller, Provinzial in Österreich, sagt: "Wir denken besonders an die Kinder und Jugendlichen in Syrien und dort in unseren Salesianerhäusern." Die Aktivitäten dort gingen mit großem Gottvertrauen weiter - zur Ermutigung der Jugendlichen und ihrer Familien. Obermüller: "Unsere Mitbrüder sind in den Zeiten der Unsicherheit für die jungen Menschen da. Gemeinsam halten sie in der Situation aus und bleiben trotz der Todesgefahr bei ihnen." Seit 2015 bietet "Don Bosco für Flüchtlinge" in Wien für 70 geflüchtete Menschen zwischen 16 und 30 Jahren Deutsch-Intensivkurse und Beratung an. Die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stammt aus Syrien. Die Initiative wird von den Salesianern Don Boscos gemeinsam mit Freiwilligen durchgeführt.

Armutskonferenz: Kluft zwischen Arm und Reich schadet dem Land

Nach Tagung in Salzburg Aufruf zu "Grundrechten statt Almosen, Chancen statt Abstieg, sozialem Ausgleich statt Spaltung, Achtung statt Beschämung!"

Salzburg, 09.03.2018 (KAP) Obwohl niemand offiziell für Armut ist, werde Armut "mittlerweile einfach in Kauf genommen". Das hat die Armutskonferenz nach ihrer jüngsten Großtagung mit 400 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Selbsthilfeinitiativen, auch kirchlichen Sozialorganisationen, Bildungseinrichtungen und Armutsbetroffenen am Donnerstag in Salzburg kritisiert. Gehe die Schere zwischen Arm und Reich auseinander, schade dies der ganzen Gesellschaft. Die Armutskonferenz berief sich in ihrer Aussendung auch auf den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die OECD, wenn sie vor dem Preis sozialer Polarisierung warnte: "Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität."

All dies sei nicht unausweichlich. "Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder frischen Statistik neu zu bestaunen gilt." Es gebe viele Möglichkeiten gegenzusteuern. Einkommensschwachen Gruppen würden Investitionen in Dienstleistungen helfen, die sie im Alltag unterstützen: Die Armutskonferenz nannte hier Kinderbetreuung, Frühförderung, Beratungsangebote oder auch Wohnangebote für Jugendliche in Krisenlagen, Schuldenberatung und Pflegehilfen als Beispiele. Auch ein breit gefächertes Gesundheitssystem und Bildung, die nicht sozial selektiert, seien wirksam. "Und nicht zuletzt helfen Jobs, von denen man leben kann", so die Armutskonferenz. Programmatisch heißt es in der Aussendung: "Es braucht Grundrechte statt Almosen, Chancen statt Abstieg, sozialen Aus-

gleich statt Spaltung, Achtung statt Beschämung!"

Werde all das in den Wind geschlagen und wachse die Kluft zwischen Arm und Reich weiter, bedeutet das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr "Status-Stress", mehr Schulabbrecher, mehr Gewalt, vollere Gefängnisse und mehr soziale Ghettos und es käme dazu, dass "die soziale Schere für viel zu viele Menschen Zukunft abschneidet".

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der zum elften Mal durchgeführten Jahrestagung der Armutskonferenz war die "Abwertungsspirale" und das Ringen um Anerkennung, Wertschätzung und Würde, die vielen Armutsbetroffenen zu schaffen mache. Armut sei nicht nur eine Frage finanzieller Ressourcen, sondern stets verbunden mit einem Verlust an sozialem Status. In der Geschichte seien immer wieder "Verlierergruppen" eines grundlegenden sozialen Wandels für ihre verschlechterte ökonomische Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und abgewertet worden.

Die Armutskonferenz existiert seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen - darunter auch kirchliche wie die Caritas, die Diakonie, die Katholische Frauenbewegung, der Katholische Familienverband oder die Katholische Sozialakademie. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. (Info: www.armutskonferenz.at)

Orden trauern um Sr. Theresia Sessing

Langjährige Generalsekretärin der Frauenorden im 80. Lebensjahr verstorben

Wien, 09.03.2018 (KAP) Die heimischen Ordensgemeinschaften trauern um Sr. Theresia Sessing. Die langjährige Generalsekretärin der Vereinigung der Frauenorden Österreichs (VFÖ) ist am Mittwoch im 80. Lebensjahr verstorben. Die gebürtige Niederländerin gehörte den Hartmannschwwestern an. Als VFÖ-Generalsekretärin

(1980-2009) war sie wesentlich an gesamtösterreichischen Weichenstellungen für die Frauenorden im Land mitbeteiligt. Das Begräbnis von Sr. Theresia Sessing findet am Freitag, 23. März, um 13 Uhr am Friedhof Ober St. Veit in Wien statt. Theresia Sessing wurde 1938 in Holland geboren. Nach der Pflichtschule und einer An-

stellung als Verkäuferin trat sie 1958 in die Ordensgemeinschaft der Franziskanerinnen von der christlichen Liebe (Hartmannschwwestern) im 5. Wiener Gemeindebezirk ein. 1961 legte sie die ersten und 1964 die ewigen Gelübde ab. Sie absolvierte die Ausbildung zur Krankenpflegerin und übte diesen Beruf im Hartmannspital und einigen weiteren Krankenhäusern aus. Zudem war sie als Lehrschwester in der Krankenpflegeschule Horn tätig. 1980 wurde sie zur VFÖ-Generalsekretärin ernannt, die sie bis 2009 blieb. Zusätzlich leitete sie in dieser Funktion das Referat Krankenpflege bei der VFÖ.

In den Jahren als Generalsekretärin sei Sr. Sessing die Weiterbildung der Ordensfrauen ein großes Anliegen gewesen, wie es von Seiten der Ordensgemeinschaften hieß. Sessing organisierte Aus- und Weiterbildungen für die Schwes-

tern, für die Novizinnen und die Ausbilderinnen, organisierte die Tagung für die Höheren Oberinnen, veranstaltete Exerzitienkurse und Fachtagungen für die Ordensökonominnen und für die Schwestern in der Altenpflege. Zudem leitete sie zusammen mit P. Leonhard Gregotsch, dem damaligen Generalsekretär der Superionenkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft der Ordensspitäler. Sie war in der Funktion als Generalsekretärin der VFÖ auch maßgeblich am Aufbau des Informationszentrums für geistliche Berufe beteiligt. Ab 1990 war Sr. Theresia weiters die Leitung der Wiener Franziskusheimes anvertraut.

Auch die christliche Medienarbeit war der Ordensfrau ein großes Anliegen. So gehörte sie etwa über viele Jahre dem Vorstand des Vereins "Studio Omega" an, der Beiträge mit kirchlich-religiösem Inhalt für Radios produziert.

Altkatholiken zum "Anschluss": Haben uns Vorteile erhofft

Altkatholische Kirche Österreichs bekennt Fehleinschätzungen bei NS-Machtübernahme: "Drohende Vorzeichen nicht wahrgenommen"

Wien, 09.03.2018 (KAP) Selbstkritisch hat sich die Altkatholische Kirche Österreichs zum "Anschluss" Österreichs an "Hitler-Deutschland" vor 50 Jahren geäußert. Es seien "drohende Vorzeichen nicht wahrgenommen" worden, mehr noch: "Durch den damaligen Bischof und den Synodalratsvorsitzenden wurde die nationalsozialistische Machtergreifung euphorisch begrüßt und die NS-Doktrin kritiklos angenommen", und auch viele Kirchenmitglieder hätten dies getan, heißt es in einer von Bischof Heinz Lederleitner unterzeichneten Aussendung am Freitag. Die Altkatholische Kirche habe sich als "Nationalkirche" eine Steigerung ihrer Macht und ihres Ansehens von den Nazis erhofft und "erwachte erst, als ihr mit ihren Mitgliedern wie allen anderen Religionsgemeinschaften große Nachteile durch das Regime widerfahren".

In der Folge habe auch die Altkatholische Kirche Österreichs dazu beigetragen, "dieses verbrecherische System zu stützen". Daher sehe man es heute als Verpflichtung an, "die Zeichen der Zeit auf der Grundlage der Menschenrechte zu deuten". Die Altkatholiken würden nun gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, NS-Wiederbetätigung und menschenverachtende

Umtriebe im Land auftreten, versicherte die Kirchenleitung. Diesem Anliegen sei auch der 32. Internationale "Altkatholik*innenkongress 2018" vom 20. bis 23. September in Wien gewidmet. Dort werde über den Beitrag der Altkatholiken als für eine offene Gesellschaft auf der Grundlage der Menschenrechte beraten (Infokongress-2018.altkatholiken.at).

Die altkatholische Kirche entstand in der Donaumonarchie während der Proteste gegen das Erste Vatikanische Konzil (1869-70) und wurde 1877 staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918 kam es zur Trennung in ein österreichisches und ein tschechisches Bistum. In der Zeit des Austrofaschismus gab es gesetzliche Einschränkungen für Altkatholiken, während der NS-Herrschaft 1938 bis 1945 waren die österreichischen altkatholischen Kirchengemeinden zwangsweise Teil der deutschen Reichskirche. Heute ist die Altkatholische Kirche eine von 16 gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften und umfasst nach letzten, von der "Statistik Austria" bekannt gegebenen Zahlen österreichweit rund 15.000 Gläubige in 14 Kirchengemeinden.

V A T I K A N & R O M

Papst pilgert zum Wunderheiligen Pater Pio

Besuch in Pietrelcina und San Giovanni Rotondo am 17. März - Besuch in Kinder-Krebsstation sowie Gebet und Freiluftmesse im Wallfahrtsheiligtum Hauptpunkte des Programms

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) Papst Franziskus unternimmt am 17. März eine Pilgerfahrt zu dem italienischen Volksheiligen Pater Pio (1887-1968). Laut dem vom Vatikan veröffentlichten aktualisierten Reiseprogramm fliegt der Papst Samstagfrüh mit dem Helikopter zunächst in den Geburtsort des Heiligen, Pietrelcina bei Benevento. Nach einstündigem Aufenthalt reist er weiter nach San Giovanni Rotondo, wo der schon zu Lebzeiten als wundertätig verehrte Kapuzinerpater wirkte und begraben liegt. Hauptpunkte des Programms sind der Besuch einer Kinder-Krebsstation, ein Gebet vor den sterblichen Überresten Pater Pios und eine Messe unter freiem Himmel.

Nach der Landung in Pietrelcina besucht Franziskus eine Kapelle mit dem Baum, unter dem Pater Pio seine mysteriösen Wundmale Jesu empfing. Anschließend begrüßt der Papst Gläubige. Nach einem kurzen Weiterflug erreicht Franziskus in San Giovanni Rotondo die von Pater Pio gegründete Klinik "Casa sollievo della

Sofferenza". Dort segnet er wartende Kranke und besucht junge Krebspatienten.

Im Wallfahrtsheiligtum von San Giovanni Rotondo selbst trifft der Papst mit der Kapuzinergemeinschaft zusammen und verehrt den konservierten Leichnam von Pater Pio, der in einem Glassarg aufbewahrt wird. Danach feiert Franziskus eine Messe auf dem Vorplatz der modernen Pilgerkirche des Architekten Renzo Piano. Die Rückkehr des Papstes im Vatikan ist für den frühen Nachmittag vorgesehen.

Im Februar 2016 hatte Franziskus anlässlich des Heiligen Jahres der Barmherzigkeit die Reliquie Pater Pios in den Petersdom bringen lassen. Hintergrund war das Wirken des Kapuziners zu Lebzeiten als Beichtvater und Seelenführer. Während der Aufbahrung in Rom kamen nach Kirchenangaben rund eine halbe Million Menschen, um den Volksheiligen zu sehen. Pater Pio gehört zu den populärsten Heiligen Italiens, er wird vor allem im Süden des Landes als Helfer in allen Notlagen verehrt.

Papst reist im September ins Baltikum

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) Papst Franziskus reist vom 22. bis 25. September in die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland. Das gab der Vatikan am Freitag bekannt. Stationen sind demnach Besuche in Vilnius und Kaunas in Litauen, Riga und Aglona in Lettland und die estnische Hauptstadt Tallinn. Einzelheiten zum Programm sollen später bekanntgegeben werden. Das Motto des Besuchs in Litauen lautet "Christus Jesus, unsere Hoffnung", während die Reise nach Lettland das marianische Thema "Zeige dich als Mutter" trägt. Die Visite in Estland steht unter dem Leitwort "Wach auf, mein Herz", den Anfangsworten eines bekannten Volkslied des estnischen Komponisten Cyrillus Kreek.

Die Staatspräsidenten und die katholischen Bischöfe von Litauen, Lettland und Estland haben Franziskus aus Anlass des 100.

Jahrestags ihrer Staatsgründung eingeladen. Im Februar 1918 hatten sich erstmals ein von Russland unabhängiger litauischer und ein unabhängiger estnischer Staat gegründet. Im November 1918 folgte Lettland. Als einziger Papst besuchte bislang Johannes Paul II. (1978-2005) vom 4. bis 10. September 1993 Litauen, Lettland und Estland.

In Litauen bekannten sich 77 Prozent der Bürger bei der Volkszählung 2011 zur römisch-katholischen Kirche. In Lettland sind die Katholiken mit einem Bevölkerungsanteil von rund 20 Prozent nach der evangelisch-lutherischen Kirche die zweitstärkste Religionsgemeinschaft. Die Mehrheit der Esten ist konfessionslos; die meisten Christen der nördlichsten Baltenrepublik sind orthodox. Nur etwa 5.000 Esten bekennen sich zur römisch-katholischen Kirche.

Arabische Bischöfe zu Beratungen mit Papst in Rom

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) Die römisch-katholischen Bischöfe des Nahen Ostens haben mit Papst Franziskus bei ihrem turnusmäßigen Ad-limina-Besuch die Lage in ihren Ländern erörtert. Über Inhalte der Begegnung des Papstes mit den 13 Bischöfen am Donnerstag gab Vatikan wie üblich nichts bekannt. Angeführt wurde die Delegation von Erzbischof Pierbattista Pizzaballa, der das Lateinische Patriarchat Jerusalem übergangsweise leitet. Mit dabei waren

auch der für das syrische Aleppo zuständige Bischof Georges Abou Khazen sowie die beiden Bischöfe für die Arabische Halbinsel, Paul Hinder und Camillo Ballin. Weiter nahmen römisch-katholische Kirchenführer aus Mogadischu, Irak, Ägypten, Libanon und Zypern teil, aber auch der emeritierte Jerusalemer Patriarchalvikar für hebräischsprachige Katholiken, der Jesuit David Neuhaus. Die Oberhirten sind in der Arabischen Bischofskonferenz zusammengeschlossen.

Papst mahnt Beichtväter zu Respekt vor Gewissen der Gläubigen

Priester sollten "Fragen zu hören verstehen, bevor man Antworten gibt"

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) Papst Franziskus hat Beichtväter gemahnt, nicht als "Herren über die Gewissen" aufzutreten, sondern "Respekt vor dem Gewissen und der Freiheit" der Gläubigen zu wahren. Dies gelte vor allem gegenüber Jugendlichen, die leicht beeinflussbar seien, sagte er vor Teilnehmern einer kirchenrechtlichen Fortbildung am Freitag in Rom. Ausdrücklich erinnerte Franziskus junge Seelsorger daran, es brauche Jahrzehnte, um ein erfahrener Beichtvater zu werden.

Weiter sagte Franziskus, Priester sollten "Fragen zu hören verstehen, bevor man Antworten gibt". Die Aufgabe des Beichtseelsorgers

sei das Hören auf den Beichtenden und den Heiligen Geist. Im Gespräch mit denen, die ihre Sünden bekennen, begegneten die Geistlichen "Jesus selbst, arm und demütig", so der Papst.

Mit Blick auf die Wahl des Lebenswegs junger Menschen sagte Franziskus, hier sei eine weise Begleitung nötig; Seelsorger dürften jedoch nur auf Bitten der Jugendlichen selbst tätig werden. Die Entscheidungshilfe liege vor allem darin, "die Zeichen zu lesen, die Gott selbst schon im Leben des jungen Menschen gesetzt hat", etwa durch Eigenschaften, Neigungen oder Begegnungen. Keine Berufung entspreche einem Schema, betonte der Papst.

"Voices of Faith": Aufstand der frommen Frauen

Für den Vatikan unüberhörbar fordert eine Initiative von Katholikinnen Gehör und Mitsprache in der Kirche - Zum Weltfrauentag versammelten sich Aktivistinnen in Rom - Von Benjamin Leven

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) "Wir wollen dabei sein, wenn die Wurst gemacht wird." So fasste die ehemalige irische Präsidentin Mary McAleese bei einer Pressekonferenz in Rom ihr Anliegen zusammen. Sie war Hauptrednerin einer Konferenz zum Weltfrauentag, die am römischen Hauptsitz der Jesuiten stattfand. Die Initiative "Voices of Faith" setzt sich seit fünf Jahren für die Gleichstellung von Frauen in der katholischen Kirche ein und organisiert jedes Jahr am 8. März eine Konferenz in Rom. Während sie bei ihrer Rede am Donnerstag eher gemäßigt auftrat, äußerte sie sich auf der

Pressekonferenz zuvor deutlich schärfer: "Was mir Angst macht, ist, dass unsere Hierarchie Christus auf einen ziemlich unattraktiven Politiker reduziert hat, der frauenfeindlich, homophob und gegen Abtreibung ist", so McAleese, von 1997 bis 2011 Präsidentin Irlands.

Die konservative katholische Politikerin machte in ihrem Heimatland als Gegnerin von Abtreibung und Ehescheidung von sich reden, schlägt inzwischen aber auch kirchenkritische Töne an. Dass Frauen nicht zum Priester geweiht werden können, nannte McAleese "als Theologie getarnter Frauenhass". Die Gründerin von "Voi-

ces of Faith", die Schweizer Anwältin Chantal Götz, betonte, die Forderung nach der Priesterweihe für Frauen sei nicht das primäre Anliegen der Gruppe. Vielmehr gehe es darum, mit den Kirchenvertretern in Dialog zu treten und die Stimme von Frauen hörbar zu machen.

Frauen seien an der Leitung der Kirche nicht beteiligt, weil die Führungspositionen für Priester vorgesehen seien, beklagte McAleese. Doch spätestens nachdem der Vatikan 1976 den Ausschluss der Frauen von der Weihe bekräftigt habe, hätte nach Wegen gesucht werden müssen, Frauen auf andere Weise an der Macht in der Kirche zu beteiligen - etwa, indem man sie in das Kardinalskollegium einbeziehe, sagte die Politikerin, die einen Abschluss in Kirchenrecht besitzt. "Frauen sind unsichtbar und werden nicht beteiligt. Gleichzeitig wird von ihnen erwartet, die harte Arbeit der Glaubensweitergabe zu leisten", so McAleese.

Die Konferenz fand in diesem Jahr dort statt, wo der Jesuitenorden sonst seine Generalkongregationen abhält. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung von "Voices of Faith" mit Kurienkardinal Kevin Farrell, Leiter der Vatikanbehörde für Laien, Familie und Leben. Viermal hatte man innerhalb des Vatikans getagt. Doch nachdem Farrell verlangt hatte, drei der in diesem Jahr vorgesehenen Rednerinnen - darunter McAleese - von der Liste zu streichen, entschied sich Götz für einen Umzug zu den Jesuiten.

Strenggenommen hat sie damit den Vatikan nicht ganz verlassen: Die römische Jesuitenkurie ist exterritoriales Gelände des Vatikans.

Götz leitet eine Familienstiftung, die "Fidel Götz Foundation", die 1969 von ihrem Großvater gegründet worden war. Zunächst unterstützte die Stiftung vor allem ökumenische Aktivitäten des Vatikan; heute bezeichnet sie es als ihre Aufgabe, "in Partnerschaft mit globalen katholischen Organisationen für eine gerechte und gleichberechtigte Welt zu kämpfen." Besonders mit dem Jesuitenorden arbeitet die Stiftung zusammen.

Kurienvertreter waren bei der Konferenz nicht zu sehen. Dies sei aber auch in den vergangenen Jahren nicht der Fall gewesen, berichtete Götz. Man hoffe trotzdem, im Vatikan gehört zu werden.

Rund um den Weltfrauentag schien es in Rom jedenfalls zu rumoren. Anfang März erschien in der Beilage "Donne Chiesa Mondo" ("Frauen, Kirche, Welt") der Vatikanzeitung "Osservatore Romano" ein Beitrag, in dem Ordensfrauen über schlechte Behandlung durch Kleriker berichteten. Der Artikel sorgte international für Schlagzeilen.

Gleichzeitig veröffentlichten 30 italienische Katholikinnen im Internet ein "Manifest für Frauen in der Kirche", in dem sie unter anderem einen "aktiveren Part im kirchlichen Dienst, inklusive der Sakramentspendung" forderten. Derweil beriet im Vatikan die Päpstliche Lateinamerika-Kommission im Vatikan über "die Frau als Säule der Kirche und Gesellschaft in Lateinamerika". Die Gruppe aus Bischöfen und Kardinälen hatte dazu auch kirchliche und gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen aus der Region eingeladen.

A U S L A N D

EU-Bischöfe wollen katholisches Austauschprogramm schaffen

Partnerschaften zwischen Diözesen sollen Katholiken aus Ost-, West- und Südeuropa zusammenbringen

Brüssel, 09.03.2018 (KAP/KNA) Die EU-Bischöfskommission ComECE will ein dem EU-Programm Erasmus ähnliches europäisches Austauschprogramm für Katholiken schaffen. "Die Idee ist, Katholiken aus Ost-, West- und Südeuropa zusammenzubringen", sagte der Weihbischof von Mecheln-Brüssel, Jean Kockerols, am Freitag in Brüssel. Tatsächlich wüssten Christen aus den

verschiedenen europäischen Ländern oft wenig übereinander - das solle sich ändern. Es gehe darum, Unterschiede schätzen zu lernen und Gemeinsamkeiten zu entdecken. "Ich glaube, das geht am besten, wenn man den anderen trifft, eine Weile zusammenlebt, sich austauscht und gemeinsam die Kultur des anderen entdeckt", sagte Kockerols. Konkret soll es Partnerschaften

zwischen drei Diözesen aus Ost-, West- und Südeuropa geben. Die Idee sei, dass Menschen aus zwei Diözesen die dritte besuchen, um sich gegenseitig und die dortige Kultur kennenzulernen, so der Weihbischof. Das Programm solle sich in erster Linie an junge Menschen richten, Ältere jedoch nicht ausschließen. Zudem sei auch denkbar, es auf Angehörige anderer Religionen in Europa auszuweiten. "Es soll kein eng-

stirniges katholisches Programm werden", betonte Kockerols. Die Idee war den Angaben zufolge bei der ComECE-Veranstaltung "(Re)Thinking Europe" im Oktober in Rom entstanden, bei der 350 hochrangige Vertreter aus Kirche, Politik und Wissenschaft über die Zukunft Europas diskutierten. Im Zuge der Herbstvollversammlung der ComECE sollen weitere Schritte zu dem Projekt beraten werden.

Luxemburger Erzbischof Hollerich neuer ComECE-Vorsitzender

EU-Bischofs-kommission bestimmte in Brüssel Nachfolger für Kardinal Reinhard Marx

Brüssel, 09.03.2018 (KAP/KNA) Jean-Claude Hollerich ist neuer Vorsitzender der EU-Bischofs-kommission ComECE. Der 59-jährige Erzbischof von Luxemburg wurde am Donnerstag in Brüssel bei ihrer Frühjahrsvollversammlung der katholischen EU-Bischofs-kommission für die kommenden fünf Jahre in das Präsidentenamt gewählt. Hollerich folgt auf den Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr wiedergewählt werden konnte. Marx leitete die ComECE seit 2012. Neue Vizepräsidenten der Bischofs-kommission sind der irische Bischof Noel Treanor, der Italiener Mariano Crociata, der Tscheche Jan Vokal und der Deutsche Franz-Josef Overbeck.

Hollerich ist seit 2011 Erzbischof in dem traditionell katholisch geprägten Luxemburg. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt trat der Jesuit als Krisenmanager auf, als die 2013 gewählte Regierung um den liberalen Premierminister Xavier Bettel auf eine stärkere Trennung des Staat-Kirche-Verhältnisses abzielte.

Hollerich wurde am 9. August 1958 im luxemburgischen Differdange geboren. Er studierte Theologie in Rom und trat 1981 in den Jesuitenorden ein. Nach dem Noviziat im belgischen Namur und zwei Jahren in der heimatischen Seelsorge setzte er sein Theologiestudien von 1985 bis 1989 in Tokio und Frankfurt fort. Zusätzlich studierte Hollerich nach seiner Priesterweihe 1990 Germanistik in München.

1994 wurde der Luxemburger Lehrer für Deutsch, Französisch und europäische Studien an der Jesuiten-Universität Sophia in Tokio, wo er später auch als Seelsorger der dortigen deutschen Pfarrei wirkte. 2011 folgte er auf den langjährigen Amtsinhaber Fernand Franck als Erzbischof von Luxemburg.

Die ComECE entstand 1980, ein Jahr nach den ersten Direktwahlen des Europaparlaments. In ihr sind die Bischofskonferenzen der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertreten. Die Abkürzung steht für das lateinische "Commissio Episcopatum Communitatis Europensis". Die ComECE verfügt über ein ständiges Sekretariat mit Sitz in Brüssel. Generalsekretär der ComECE ist seit 2016 der Franzose Olivier Poquillon.

Marx fordert mehr Dialog in Europa

In seinem Abschiedsinterview als COMECE-Vorsitzender hatte Kardinal Reinhard Marx zuvor noch einen intensiveren Dialog in Europa gefordert. "Für die Zukunft in Europa ist es entscheidend, die Kräfte des Dialogs in Gang zu bringen", sagte er der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Donnerstag in Brüssel. Besonders Kirchen könnten den Grundsatz des Dialogs fördern. Sie hätten nicht auf alles eine Antwort, könnten aber Räume schaffen, in denen Begegnung und Dialog möglich seien. "Das brauchen wir mehr denn je in Europa - nicht übereinander reden, sondern miteinander", sagte Marx.

Die Flüchtlingskrise beschrieb der Kardinal als Katalysator, der manches ans Licht gebracht habe. "Wir spüren - auch in der Kirche -, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, was die Europäische Union ist, was eine freie Gesellschaft ist, was eine offene Demokratie ist", sagte er. Darüber müsse man reden. "Wir als Kirche sollten jedoch nicht zum Konflikt beitragen, sondern Teil der Lösung sein, indem wir versuchen, zu ergründen, woher die Fragen und Sorgen kommen."

Der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, Manfred Weber, lobte gegenüber der KNA die "freundliche, aber sehr verbindliche Art" mit der Marx Europa zum Thema gemacht habe. "Das ist ein hoher Wert, weil die katholischen Christen

ihre Stimme zu Eurothemen erheben müssen", sagte Weber. Die katholische Kirche sei ein "sehr hörbarer und durchsetzungstarker Akteur" für Europa, wenn über Grenzen hinweg zusammengearbeitet werde.

Neues Präsidium der EU-Bischöfe soll "Gräben überbrücken"

ComECE-Präsident Erzbischof Hollerich: "Wir können machen, was für Politiker schwierig ist: uns zusammentun und Gräben überbrücken" - Besonders im Bereich Migration dem anderen aufmerksam zuhören

Brüssel, 09.03.2018 (KAP/KNA) Das neu gewählte Präsidium der katholischen EU-Bischöfskommission ComECE soll als Team zusammenarbeiten. "Wir können machen, was für Politiker schwierig ist: uns zusammentun und Gräben überbrücken", sagte der neue Vorsitzende, Erzbischof Jean-Claude Hollerich von Luxemburg, am Freitag in Brüssel. Die ComECE-Mitglieder hatten am Donnerstag sowohl Bischöfe aus kleinen und großen Ländern sowie den verschiedenen Regionen Europas ins Präsidium gewählt.

Der Luxemburger Hollerich (59) folgt als Vorsitzender dem Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx (64) nach. Besonders im Bereich Migration sei es wichtig, dem anderen aufmerksam zuzuhören. Es dürfe keine Verurteilungen geben, "ohne die Gründe für die Reaktion verstanden zu haben", so Hollerich.

Es dürfe nicht nur Geld investiert werden, "damit die Menschen außerhalb Europas bleiben", so der Erzbischof weiter. Es müsse mehr gegen die Migrationsursachen ge-

tan werden. Es brauche Investitionen, die das Leben der Menschen wirklich verbesserten. "Wie können wir Flüchtlinge ablehnen, wenn wir nicht in eine starke Friedenspolitik investieren?", fragte Hollerich an. Aufgrund ökologischer Veränderungen sei künftig mit noch größeren Migrationswellen zu rechnen.

Die ComECE-Delegierten wählten bei ihrer am Freitag beendeten Frühjahrsversammlung als Vizepräsidenten den Iren Noel Treanor (67), den Italiener Mariano Crociata (64), den Tschechen Jan Vokal (59) und aus Deutschland Franz-Josef Overbeck (53) von Essen.

Zudem ernannten sie den französischen Bischof Antoine Herouard (61) zum Präsidenten der Kommissionen für soziale Angelegenheiten, den niederländischen Weihbischof Theodorus Cornelis Maria Hoogenboom (57) zum Präsidenten der Kommission für Rechtsangelegenheiten und den litauischen Bischof Rimantas Norvila (60) zum Präsidenten der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten.

Australische Bundesstaaten wollen Missbrauchsoffer entschädigen

Katholische Bischofskonferenz weist Spekulationen, sie wolle sich nicht an einer Entschädigung beteiligen, zurück

Canberra, 09.03.2018 (KAP/KNA) Als erste australische Bundesstaaten wollen sich Victoria und New South Wales an einem Entschädigungsfonds für Opfer sexuellen Missbrauchs beteiligen. Als "historischen Augenblick" würdigte Australiens Premierminister Malcolm Turnbull am Freitag eine entsprechende Ankündigung. Jetzt gebe es keine Ausflüchte mehr für Kirchen und weltliche Einrichtungen, sich dem Fonds zu entziehen. Die katholische Bischofskonferenz

des Landes wies Spekulationen, sie wolle sich nicht an einer Entschädigung beteiligen, via Twitter zurück: "Die Katholische Kirche war immer unter den lautstärksten Befürwortern eines nationalen Entschädigungsprogramms." Der Vorstoß der beiden Bundesstaaten sei "ermutigend". Die australischen Bischöfe hatten bereits 2015 erklärt, Wiedergutmachungszahlungen aus eigenen Mitteln zu leisten und kein Steuergeld beanspruchen zu wollen. Die Einrich-

tung eines nationalen Entschädigungsfonds ist eine der Kernempfehlungen der australischen Missbrauchskommission, die im Dezember 2017 nach fast fünfjähriger Arbeit ihren Abschlussbericht vorlegte. Schätzungen zufolge werden für Entschädigungszahlungen an insgesamt 60.000 Personen, die als Kinder Opfer sexueller

Gewalt wurden, mehrere Milliarden australische Dollar benötigt. Das Geld soll von jenen Institutionen gezahlt werden, durch deren Mitarbeiter die Betroffenen missbraucht wurden. Nur falls eine Institution nicht mehr existiert oder bankrott ist, soll die öffentliche Hand als Geldgeber einspringen.

Schweiz: Weihbischof Eleganti als Jugendbischof zurückgetreten

Churer Weihbischof verweist auf mangelnden Rückhalt durch andere Bischöfe im Zusammenhang mit der bevorstehenden Jugendsynode

Fribourg, 09.03.2018 (KAP/KATH.CH) Der Churer Weihbischof Marian Eleganti ist von seinem Amt als Jugendbischof für die Deutschschweiz zurückgetreten. Das teilte die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) am Freitag mit. Er habe bei der dieswöchigen Vollversammlung der Bischofskonferenz "den Eindruck gewonnen, dass die anderen Bischöfe im Zusammenhang mit der Jugendsynode nicht hinter mir stehen", sagte Eleganti auf Anfrage des Nachrichtenportals "kath.ch". Die näheren Umstände seines Rücktritts könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht kommunizieren, sagte Eleganti.

Bei der Tagung hatte die SBK ihren Delegierten für die im Oktober im Vatikan anstehende Jugendsynode sowie dessen Stellvertreter gewählt. Die Namen dürfen laut SBK erst nach Bestätigung durch den Vatikan bekannt gegeben werden.

Eleganti war seit acht Jahren als Jugendbischof für die Deutschschweiz zuständig. Gemäß SBK-Mitteilung wird der Lausanner Weihbischof Alain de Raemy, er war schon bisher Jugendbischof für die Westschweiz, ab sofort Jugendbischof für alle Sprachregionen der Schweiz.

Grazer Hochschulabsolvent wird Bischof in Kroatien

Generalsekretär der Kroatischen Bischofskonferenz, Petar Palic, wird neuer Diözesanbischof von Hvar - Vor Jahren Seelsorger in steirischer Pfarre Dobl

Vatikanstadt, 09.03.2018 (KAP) Papst Franziskus hat den Generalsekretär der Kroatischen Bischofskonferenz, Petar Palic, zum neuen Bischof von Hvar bestellt. Der Vatikan teilte die Ernennung des 45-jährigen, der vor Jahren in Graz studiert hat, am Freitag zusammen mit dem altersbedingten Amtsverzicht von Diözesanbischof Slobodan Stambuk (77) mit. Stambuk stand der Adria-Diözese im Süden Kroatiens seit 1989 vor.

Der am 3. Juli 1972 in Pristina geborene Palic studierte in Zagreb und danach in Graz

Theologie, wo er 2009 ein Doktorat in Moraltheologie erwarb. Seit 1996 Priester der Diözese Dubrovnik, hatte er verschiedene Aufgaben in Seelsorge und Verwaltung inne. Von 2005 bis 2008 wirkte er als Seelsorger in der Pfarre Dobl in der Diözese Graz-Seckau. Nachfolgend wurde Palic 2009 in Dubrovnik Bischofsvikar für die Pastoral und 2011 Generalvikar. 2017 wechselte er ins Generalsekretariat der Kroatischen Bischofskonferenz.

Tschechien kauft Teil von restituiertem Benediktinerkloster

Prag, 09.03.2018 (KAP/KNA) Der tschechische Staat kauft dem Benediktinerorden einen Teil des Klosters von Sazava (dt. Sasau) in Mittelböhmen ab. Das meldete Radio Prag am Freitag unter Berufung auf eine Sprecherin des Kul-

turministeriums. Die Gebäude waren den Benediktinern zuletzt im Rahmen der Restitution, also der Rückgabe von im Kommunismus verstaatlichten Kirchengütern, zurückgegeben worden. Derzeit habe der Klosterkomplex drei Be-

sitzer, und zwar das staatliche Denkmalschutzamt sowie zwei kirchliche Einrichtungen; die Verwaltung sei kompliziert, heißt es. Daher hätten die Benediktiner angeboten, die meisten Immobilien von Sazava dem Staat zu verkaufen. Die tschechische Regierung will sich nach eigenen Angaben in der kommenden Woche mit der Angelegenheit befassen.

Sazava ist das viertälteste Kloster in Böhmen. Ursprung der heutigen Stadt war die Klostergründung des heiligen Prokop am rechten Ufer der Sazava 1032. Am gegenüberliegenden

Ufer entstand im 13. Jahrhundert eine zum Kloster gehörige Siedlung. Sazava liegt 40 Kilometer südöstlich von Prag und hat knapp 3.800 Einwohner.

Das Kloster war im 11. Jahrhundert ein Zentrum altkirchenslawischer Schriftlichkeit. Nach Vertreibung der slawischen Mönche 1096 bestand es als Abtei mit römischem Ritus weiter. Wegen seiner romanischen, gotischen und barocken Bauwerke ist das Kloster seit 1962 Nationales Kulturdenkmal.

Kardinal: "Mormonisierung" Tongas ist Weckruf für Kirche

Konsequente Missionsarbeit laut Kardinal Mafi verantwortlich für Erfolg der Mormonen in dem südpazifischen Inselstaat

Sydney, 09.03.2018 (KAP/KNA) Tongas erster Kardinal Soane Patita Pains Mafi zeigt sich besorgt über eine "Mormonisierung" des südpazifischen Inselstaates. Laut eigener Zählung der Mormonen sind inzwischen etwa 60 Prozent der 107.000 Insulaner Anhänger dieser Religionsgruppe; offiziell liegt der Anteil bei 20 Prozent. Die Entwicklung sei "ein Weckruf" besonders für die katholischen Gemeinden, sagte der Bischof von Tonga dem australischen Portal "Catholic Outlook". Den Erfolg der Mormonen führt Mafi auf deren konsequente Missionsarbeit zurück. "Unermüdlich ziehen sie von Haus zu Haus und bieten notleidenden Familien und Einzelpersonen soziale Hilfe an", so der Kardinal. Obwohl die Caritas schon lange in Tonga aktiv sei, er-

reichten die Mormonen mit ihrer Art der Wohlfahrtsarbeit mittlerweile mehr Menschen. Die katholische Kirche, so Mafi, müsse daraus für ihre eigene Arbeit lernen.

Das Königreich Tonga ist seit der Missionierung durch Europäer im 19. Jahrhundert tief christlich geprägt. Der Wahlspruch lautet: "Gott und Tonga sind mein Erbe." Etwa 15 Prozent der Bewohner sind katholisch. Ein Höhepunkt der "Mormonisierung" Tongas war 2015 der Übertritt von Königssohn Prinz Ata von den Methodisten zu den Mormonen.

Im Februar 2015 ernannte Papst Franziskus den heute 56-jährigen Soane Patita Pains Mafi zum ersten Kardinal in der Geschichte des Inselstaates.

K U L T U R & M E D I E N

Bibel jetzt in weltweit 674 Sprachen vollständig übersetzt

Mindestens einen Abschnitt der Bibel gibt es nach Angaben des Weltverbands der Bibelgesellschaften mittlerweile in 3.324 der weltweit rund 7.100 lebenden Sprachen

Wien, 09.03.2018 (KAP) Eine vollständige Bibelübersetzung gibt es nach Angaben des Weltverbands der Bibelgesellschaften (UBS) inzwischen in 674 Sprachen. Etwa 5,4 Milliarden Menschen hätten damit Zugang zu allen Texten des Alten und Neuen Testaments in ihrer Muttersprache, teilte die Österreichische Bibelgesellschaft am Donnerstag unter Verweis auf den

neuen UBS-Jahresbericht mit. Die Anzahl der vollständigen Bibelübersetzungen ist demnach in den vergangenen zwölf Monaten um 26 gestiegen. Das Neue Testament liegt zum Stichtag 1. Jänner 2018 in 1.515 Sprachen vor, das sind 83 mehr als im Vorjahr. Mindestens ein Buch der Bibel gibt es mittlerweile in 3.324 der weltweit rund 7.100 lebenden Sprachen. "Die Bibel für

jede und jeden, das ist der Gedanke, der uns vorantreibt", so UBS-Generalsekretär Michael Perreau. Die Heilige Schrift wurde den Angaben zufolge im vergangenen Jahr beispielsweise neu ins Turkmenische übersetzt. Das Neue Testament erschien neu auf Tay für eine in Vietnam lebende Volksgruppe mit etwa 1,6 Millionen Sprechern.

Darüber hinaus sind 26 neue oder revidierte Ausgaben und neun Studienausgaben der

Bibel in Sprachen herausgekommen, in denen es bereits Übersetzungen gab. Ein Grund dafür ist, dass Sprachen sich weiterentwickeln, neue Begriffe hinzukommen und bestehende veralten. 2018 erscheint etwa eine Ausgabe des Neuen Testament in Ge'ez, der Liturgiesprache der Äthiopisch-orthodoxen und der Äthiopisch-katholischen Kirche. Insgesamt arbeiten die Bibelgesellschaften derzeit an mehr als 400 Übersetzungsprojekten in aller Welt.

OÖ. Stiftskonzerte mit Klassik, A Cappella und Klezmer

45. Saison für das musikalische Sommerfestival ab Juni in den Stiften St. Florian, Lambach und Kremsmünster mit den Themen "Kanada" und "Licht & Dunkel"

Linz, 09.03.2018 (KAP) Die "OÖ. Stiftskonzerte" gehen 2018 in ihre 45. Saison. Der Konzertreigen startet am 9. Juni im Marmorsaal des Stifts St. Florian mit dem kanadischen Gastdirigenten Bruno Weil und dem Bruckner Orchester Linz. Weil nimmt mit seiner Werkeauswahl die Leitthemen des international renommierten Sommerfestivals "Kanada" und "Licht & Dunkel" auf und schlägt eine Brücke zu dessen Anfängen: Am 9. Juli 1974 eröffneten der Dirigent Heinrich Schiff und das Bruckner Orchester Linz die ersten Stiftskonzerte mit Mozarts Sinfonie in B-Dur KV 319 - jene Sinfonie, mit der das Festival auch heuer eröffnet wird.

Wie in vergangenen Jahren holen die Stiftskonzerte auch heuer wieder internationale Künstler nach Linz, darunter u.a. "The King's Singers", Il Giardino Armonico, die Sopranistin Anna Prohaska, das David-Oistrakh-Quartett, die Slowakische Philharmonie, den Slowakisch-Philharmonischen Chor, das Janoska-Ensemble, Erwin Steinhauer oder das Orchester Wiener Akademie. Austragungsorte sind ausgewählte Stifte, deren Flair Künstler und Publikum gleichermaßen begeistere, wie es in einer Ankündigung heißt: Lambach, St. Florian und Kremsmünster.

Auf dem Programm stehen zwischen 9. Juni und 29. Juli 16 Konzerttermine. Die Organisatoren versprechen das Kennenlernen von aufregender "Weltmusik": Klassik trifft auf A Capella Musik und Klezmer, gemeinsamer Nenner dabei sind die Themen "Kanada" und "Licht & Dunkel".

Höhepunkte sind das Eröffnungskonzert mit dem Bruckner Orchester und den Solisten Anneleen Lenaerts (Harfe) und Marina Piccinini

(Flöte), weiters das Konzert der A-Capella-Formation "King's Singers", die heuer ihr 50-jähriges Bestehen feiert, eine Begegnung zwischen der renommierten Pianistin Elisabeth Leonskaja, dem Geiger Gerhard Schulz und österreichischen Nachwuchstalente, sowie ein Konzert von Erwin Steinhaus, der Open Air mit dem Ensemble rund um Peter Rosmanith singen wird.

Beibehalten werden die beliebten kostenlosen Einführungsgespräche 45 Minuten vor ausgewählten Konzerten. Als Musikexperten geladen sind u.a. Ursula Magnes von "radio klassik", Katharina Maurer von ORF Oberösterreich, Prof. Walter Dobner von der "Presse" und Karin Wagner von den "Oberösterreichischen Nachrichten". Der künstlerische Leiter des Festivals, Rico Gulda, spricht am 28. Juli mit dem Flötisten und Dirigenten Giovanni Antonini.

"Die OÖ. Stiftskonzerte sind einzigartig, sowohl was die Qualität des Programms, als auch was das Ambiente der Veranstaltungsorte betrifft", so Landeshauptmann Thomas Stelzer bei der Vorstellung des Programms am Donnerstag in Linz. Die Ausstrahlung der oberösterreichischen Stifte und Klöster als spirituelle Orte, geprägt von Kultur und Bildung, mache die Stiftskonzerte unverwechselbar. Der Konzertreigen habe in den 45 Jahren seines Bestehens nichts an Flair eingebüßt, noch immer sei es ein familiär geprägtes Festival, das Künstler und Gäste gleichermaßen in seinen Bann ziehe, so der Landeshauptmann.

Begonnen hat alles 1974 in bescheidenem Rahmen, als die ersten sieben Konzerte in den Stiften St. Florian, Kremsmünster und Wilhering durch die Initiative des Pianisten Hans Peter-

mandl nach Gründung des Vereins 1973 realisiert wurden. Durch die letzten 44 Jahre erfuh das Festival mannigfache Wandlungen und zählt

heute zu den größten Klassik-Musikfestivals des Landes.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	